

## Rede von Heinrich von Brentano (8. Mai 1949)

**Legende:** Heinrich von Brentano hält am 8. Mai 1949, dem Tag der Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, eine Rede im Parlamentarischen Rat. Von 1948 bis 1949 war Heinrich von Brentano Vorsitzender des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rats.

**Quelle:** BRENTANO, Heinrich von. Deutschland, Europa und die Welt, Reden zur deutschen Aussenpolitik. PROF.DR. BÖHM, Franz (Hrsg.). Bonn-Wien-Zürich: Sieglers&Co., 1962. 415 S. p. 55-58.

**Urheberrecht:** (c) Sieglers & Co. GmbH

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_heinrich\\_von\\_brentano\\_8\\_mai\\_1949-de-ef6c2a7a-6405-462c-82b8-22b47048496d.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_heinrich_von_brentano_8_mai_1949-de-ef6c2a7a-6405-462c-82b8-22b47048496d.html)

**Publication date:** 02/07/2015

## Rede von Heinrich von Brentano (8. Mai 1949)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht leicht, nach der Fülle des Gesagten und zu vorgerückter Stunde zu dem Gesetz, das wir heute in dritter Lesung verabschieden wollen, noch Grundsätzliches zu sagen, wenn man obendrein weiß, daß man in der Zeit beschränkt ist. Aber ich glaube, wir können den Tag nicht vorübergehen lassen, ohne uns über die politische Bedeutung des Beschlusses klarzuwerden, den wir zu fassen haben. Es ist heute der 8. Mai. Es sind also heute vier Jahre her, seitdem der totale Krieg mit einer totalen Niederlage endigte. Und heute, vier Jahre später sind wir hier in Bonn, um die Grundlagen eines neuen, eines besseren Staates zu beraten und zu beschließen. Im Jahre 1945 stand unser deutsches Volk unter der Schockwirkung des Zusammenbruchs. Ich glaube auch sagen zu können, daß eine neue politische Konzeption damals um so weniger vorhanden war, als es vielleicht zu den schwerwiegendsten Unterlassungen gehört, daß es aus mancherlei Gründen nicht möglich war, die geistige Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit zu führen. In den folgenden Jahren, in denen sich das Volk schrittweise von der unmittelbaren Wirkung des Schocks des Zusammenbruchs befreite, trat mancher Rückschlag ein. Wir haben manche Enttäuschung erlebt. In diesen Jahren war das Problem zu lösen, ob es unter der Regierung einer Besatzungsmacht überhaupt möglich ist, eine organisch gewachsene Demokratie zu errichten. Ich glaube, die Zweifel an dieser Möglichkeit sind berechtigt, sie bestehen auch heute noch. Wir müssen uns über diese Zweifel und über die Grenzen, die diese Tatsache uns setzt, schlüssig und klar werden, damit wir die rechte Beziehung zu dem gewinnen, was wir hier zu tun haben.

Gewiß, es ist schon festgestellt worden und es muß wiederholt werden: Die Souveränität des deutschen Volkes ist zu keiner Zeit und zu keiner Stunde untergegangen. Das ist nicht nur unsere politische Überzeugung, es ist auch die Rechtsauffassung, die sich mittlerweile durchgesetzt hat und auch in einem Urteil des Obersten Bundesgerichts der Vereinigten Staaten im Juni 1947 zum Ausdruck kam. Ebenso wenig war untergegangen und konnte untergehen unser Recht als Deutsche, unseren Staat neu zu ordnen. Deswegen muß man auch mit dem Irrtum aufräumen, als sei das, was wir jetzt tun, uns durch das Recht irgendeines Dritten zuerkannt oder verliehen. Die Berechtigung des Deutschen, sein deutsches Vaterland wieder selbst zu ordnen und neu zu formen, konnte niemals untergehen; denn sie beruht unmittelbar auf der Pflicht des Deutschen gegenüber seinem Volk. Wohl aber konnte die Ermächtigung, von diesem Recht Gebrauch zu machen, von dem Sieger suspendiert werden. Diese Ermächtigung ist im Sommer vergangenen Jahres ausgesprochen worden. Wenn wir uns auch, wie ich schon sagte, über die Grenzen unserer Befugnisse klar sein müssen, so haben wir doch, gerade wenn wir an die Jahre denken, die hinter uns liegen, Grund, mit Befriedigung festzustellen, daß innerhalb von vier Jahren eine politische Entwicklung in den Zonen der deutschen westlichen Länder möglich war, die wohl auch ein Optimist im Mai 1945 schlechthin für unmöglich gehalten hätte.

Allerdings hat sich - das kam schon in der ersten Sitzung, die wir in diesem Saale hielten, zum Ausdruck - in das Gefühl einer gewissen Befriedigung, an eine eigene deutsche Aufgabe in wenn auch beschränkter Selbständigkeit unter eigener Verantwortung herangehen zu können, das Gefühl der tiefen Trauer gemischt, das uns auch zu keiner Stunde bei unserer Arbeit verlassen konnte, daß nur ein Teil des deutschen Volkes hier vertreten sein kann, das nur ein Teil des deutschen Volkes in die Möglichkeit versetzt worden ist, hier die Grundlagen seines neuen Staates zu formen. Ich habe dem, was zu dieser Frage heute morgen von meinem Freunde Jakob Kaiser und Herrn Kollegen Professor Schmid ausgeführt wurde, nichts hinzuzusetzen. Ich habe nur zu sagen: Wir alle sind uns klar - und das kommt im letzten Artikel unseres Verfassungsentwurfs zum Ausdruck -, daß das, was wir hier beschließen, zeitlich begrenzt sein soll und muß. Und wir hoffen und wünschen, daß der Tag bald kommen möge, an dem unsere ganze Arbeit sich als überholt erweisen wird, der Tag, an dem das deutsche Volk, das ganze deutsche Volk in wahrhaft freier Willensentfaltung seine eigene Staatsform und sein eigenes Staatsgrundgesetz frei und unabhängig wird beschließen können.

Wir sind heute im Begriff, den ersten Schritt dieses Aktes einer Staatswerdung zu tun, das Grundgesetz in der dritten Lesung hier anzunehmen. Wir wissen, daß ein Teil der Mitglieder dieses Hohen Hauses diesem Grundgesetz die Zustimmung versagen wird. Ich stelle schon hier fest, auch nahe und nächste Freunde meiner Fraktion werden sich zu dieser Haltung entschließen. Wir wollen nicht mit ihnen rechten, weil wir wissen, daß es sich bei ihnen um eine echte Gewissensentscheidung handelt, und wir wissen uns mit ihnen

in der gemeinsamen Arbeit an der gemeinsamen Aufgabe um unser deutsches Vaterland auch nach dieser Entscheidung unwandelbar verbunden. Wir wissen, daß, wenn sie im Augenblick den Weg nicht mitgehen zu können glauben, den wir zu gehen entschlossen sind, uns das im gemeinsamen Ziel zu keiner Stunde trennen wird.

Was zum Grundgesetz selbst zu sagen ist, ist von den Vorrednern ausgeführt worden. Es ist gesagt worden, daß wohl niemand in diesem Hohen Hause mit vollem Herzen diesem Grundgesetz seine Zustimmung erteilen wird. Das pflegt bei Gesetzen von so grundsätzlicher Bedeutung so zu sein. Es gehört zum politischen Leben, daß man Kompromisse schließt, Kompromisse, die nur in einer schlechten Übersetzung, vielleicht in der Terminologie derer, die den Kompromiß ablehnen, weil sie die Demokratie ablehnen, als Kuhhandel bezeichnet zu werden pflegen. Allerdings können und dürfen Kompromisse niemals die Grenze dessen überschreiten, wo das Grundsätzliche beginnt. Ich glaube, daß es uns gelungen ist, diese Grenze einzuhalten. Ich bin insbesondere der Überzeugung, daß es uns in unserer Partei gelungen ist, über diese Grenze nicht hinauszugehen.

Meine Damen und Herren! Der zweite Schritt wird die Ratifizierung sein. Sie haben sich vorhin mit Mehrheit entschlossen, die Ratifizierung den Landtagen zu übertragen. Ich will über diese Entscheidung, nachdem sie gefallen ist, nicht mehr urteilen. Allerdings bedaure ich sie. Herr Kollege Heuss hat in einer sehr guten Weise von der Frage gesprochen, wie wir zu der Verfassung Stellung nehmen sollen und welche Stellungnahme etwa einen Integrationseffekt auslösen könnte. Ich glaube, den besten Integrationseffekt hätten wir ausgelöst, wenn wir das Volk hätten entscheiden lassen.

Es werden dann die Wahlen folgen. Dann wird es die Aufgabe der Gewählten und sämtlicher Organe des neuen Bundes - Bundespräsident, Bundesregierung, Bundesrat, Bundestag - bis hinunter zum Wähler selbst sein, das Gesetz, das wir hier geschaffen haben, mit lebendigem Geist zu erfüllen und aus dem toten Buchstaben etwas Lebendiges zu schaffen. Das wird unter den Umständen, unter denen wir leben, nicht leicht sein. Ich habe hier das besondere Anliegen auch an die Besatzungsmächte zu richten, daß das Besatzungsstatut, dessen Entwurf uns bekannt ist und unter dem wir ja wohl noch eine beschränkte Zeit leben müssen - solange es nicht von einem Frieden abgelöst wird, auf den wir meiner Überzeugung nach Anspruch haben -, im Geiste der Präambel und insbesondere im Geiste des Begleitschreibens gehandhabt werden möge. Dann wird auch dieses Besatzungsstatut, dessen Inhalt sicherlich für niemand, für keinen Deutschen erfreulich sein kann, uns die Arbeit am Aufbau einer echten, auch im Volke verstandenen und vom Volke getragenen Demokratie nicht erschweren.

Es wird uns dann der Weg offen sein, zu den Zielen zu kommen, die uns - und das begrüße ich als eine grundsätzliche Wandlung in der Auffassung der Alliierten - zur Mitarbeit in einem wirklich vereinten Europa führen werden, zu einer gleichberechtigten Mitarbeit, von der erstmals in dem Schreiben der Außenminister vom 22. April die Rede war. Das wird uns dann auch ermöglichen, den großen Beitrag zur Entwicklung der Welt zu leisten, den der amerikanische Außenminister Acheson selbst von uns erhofft, wie aus einer Rede am 28. April hervorging.

Allerdings auch hier ein Wort der Einschränkung: auch hier die Feststellung, daß wir hoffen und wünschen, daß die Besatzungsmächte sich auch der Pflichten bewußt sein möchten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß sie Rechte über uns übernommen haben.

Meine Damen und Herren! Meine Zeit scheint abgelaufen zu sein, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich las im Kriege in einem Buch, das wenige Zeit darauf beschlagnahmt wurde, den Satz: „Das menschliche Leben bedarf der Rechtfertigung vor Gott, das politische Leben bedarf der Rechtfertigung vor dem Geist.“ Wir wollen hoffen, daß die Menschen, die vom deutschen Volk berufen sein werden, auf diesem neuen Grundgesetz einen neuen, einen freien, einen demokratischen Staat zu errichten, in dem Bewußtsein und in dem Gefühl der Demut vor Gott, in dem Bewußtsein und dem Gefühl der Ehrfurcht vor dem Geist, in dem Gefühl der Verantwortung vor dem deutschen Volk und in dem Gefühl der Verantwortung vor der Menschheit handeln werden. Wenn sie danach handeln werden, dann wird auch unser unvollkommenes Werk genügen, und wir werden dann vor uns selbst gerechtfertigt sein. Wir werden dann mit Hoffnung und mit Glauben in die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes blicken können.

